

Durchgangsverkehr raus aus der Altstadt

Perspektivenwerkstatt will weniger Fahrzeuge, aber keine autofreie Innenstadt – Bausenatorin schlägt begrenzte Verkehrsversuche vor – Idee: Fußgängerzone bis Koberg verlängern

Von Kai Dordowsky

Innenstadt. Weniger Platz für Autos, mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer – das ist die Kernbotschaft der Perspektivenwerkstatt zur Zukunft der Altstadt. Die Einigkeit der 200 Teilnehmer war groß. Aber es gibt Zweifel, dass die schweigende Mehrheit die Forderung der Engagierten teilt.

„Die einträchtige Diskussion macht mich unruhig“, bekannte Bausenatorin Joanna Glogau (parteilos), „ich warte auf den Gegenwind.“ Sind die Ergebnisse der Perspektivenwerkstatt einem gesellschaftlichen Wandel geschuldet? „Oder haben wir es nicht geschafft, die Gegner solcher Modelle mit unserer Perspektivenwerkstatt anzusprechen?“, rätselte die Senatorin, „nur ein Bruchteil der Bevölkerung ist hier.“ Unter großem Applaus schlug Glogau einen Ausweg aus dem Dilemma vor. „Wir könnten die eine oder andere Maßnahme als Pilotprojekt umsetzen“, sagte die Senatorin, „damit können wir Betroffenen wie Nutznießern zeigen, wie es sich anfühlt.“

Olivia Kempke, Geschäftsführerin des Lübeck Managements, schlug vor, an verkaufsoffenen Sonntagen Maßnahmen auszuprobieren. Auch Kempke wies darauf hin, „dass die Perspektivenwerkstatt nicht das Maß aller Dinge und nicht die Stimme aller Lübecker ist“. Bürgermeister Jan Lindenau (SPD) regte an, „die Fußgängerzone zum Weihnachtsmarkt bis zum Koberg zu verlängern“. Mit diesem Pilotprojekt könnten „die hinter dem Ofen hervorgehockt werden, die heute nicht dabei sind“.

Die Bürger, die zwei Tage lang über Stunden die Zukunft der Altstadt debattierten, waren sich vollkommen einig, dass der Kfz-Durchgangsverkehr zwischen Burgtor und Untertrave unterbunden werden sollte. „Durchgangsverkehr ist unnötig“, fasste Wolfgang Haller, Planer aus Hannover, die Ergebnisse zusammen. Ebenso der Parksuchverkehr. Autofahrer sollten gezielt in die Parkhäuser gelenkt werden. Die Große Burgstraße solle zur Flaniermeile werden, bilanzierte der Hamburger Planer Peter Kranzhoff die Diskussionen. Haller und Kranzhoff müssen die Empfehlungen der Bürger jetzt in Konzepte gießen. Der Koberg solle als Platz mit Leben gefüllt werden. In der Beckergrube vor dem Stadttheater solle ein Platz geschaffen werden. Auch in Holstenstraße und Krähenstraße solle der Autoverkehr zurückgedrängt werden.

Für Fußgänger soll es mehr Platz geben, die Oberflächen müssten barrierefrei gestaltet werden, und auf Fußgängerampeln könnte in der Altstadt verzichtet werden, lauteten weitere Empfehlungen. Der



Die Verbindung vom Burgtor zur Untertrave über Koberg und Beckergrube soll für den Kfz-Durchgangsverkehr dichtgemacht werden. Das ist Forderung der Perspektivenwerkstatt. FOTOS: LUTZ ROESSLER

So geht es weiter

Ab Montag können Bürger im Internet auf www.uebermorgen.luebeck.de die Ergebnisse der Perspektivenwerkstatt kommentieren. Anfang November folgt eine Planungsworkstatt, 2019 entscheidet die Bürgerschaft.

Radverkehr solle deutlich ausgebaut werden. 40 Prozent aller Wege sollten mit dem Rad zurückgelegt werden. Dabei tauchte die altbekannte Forderung nach einer Stadtgrabenbrücke wieder auf.

Das „kniffligste Thema“ bleibe der Busverkehr in der Altstadt, sagte Wolfgang Haller. Die in den vergangenen Monaten immer wieder erhobene Forderung, die Busse aus der Königstraße herauszunehmen, setzte sich nicht durch. Diskutiert wird, ob alle Busse durch die Altstadt fahren müssen. „In der Altstadt gibt es nicht einen so großen

Bedarf an ÖPNV-Leistungen wie bei den Bürgern im restlichen Stadtgebiet“, erklärte Ulrich Pluschkell (SPD), Aufsichtsratsvorsitzender des Stadtverkehrs. „Die Königstraße wird von einigen in Frage gestellt, aber die meisten Bürger wollen mit dem Bus in die Stadt.“ Er könne sich vorstellen, dass der Stadtverkehr weniger Gelenkbusse und mehr Standardbusse einsetzt, sagte Pluschkell: „Aber das muss die Politik dann bezahlen.“

Der Fahrradclub ADFC, der im Vorfeld ein Verkehrskonzept ausgearbeitet hatte, zeigte sich zufried-

den. Vorsitzender Rolf Hagen: „Die Teilnehmer denken in die gleiche Richtung.“ Sascha Sebastian Färber vom Verband Hans & Grund fand es gut, dass Bürger gefragt wurden. Färber: „Bei der Umsetzung muss aber den Rechten und Anliegen der Wirtschaft und der Grundstückseigentümer Rechnung getragen werden.“

Bürgermeister Lindenau sieht in der Perspektivenwerkstatt einen „Handlungsauftrag zur Umsetzung einzelner Maßnahmen“. Er hofft, dass die Bürgerschaft mitzählt: „Dann bin ich zufrieden.“



„Wir können einen Versuchsballon starten.“

Olivia Kempke,
Lübeck Management



„Es gab viele Ideen, auf die wir nicht gekommen sind.“

Wolfgang Haller,
Planer aus Hannover



„Auto oder nicht Auto – das steht nicht im Vordergrund.“

Norbert Franke,
Altstadtbewohner